

Neue Regeln für den Welthandel? TTIP, CETA und die Folgen.

Herbsttagung des Politischen Clubs vom 11. – 13.11.2016

(Materialsammlung)

Einführung Dr. Wolfgang Thierse

Seit der Wahl von Donald Trump zum Präsidenten der USA ist unser Thema noch wichtiger geworden. Mit Trump entsteht ein neuer Protektionismus. Sein Rassismus und Chauvinismus sind eine Reaktion auf die zunehmende Globalisierung.

Europa befindet sich in einem kritischen Zustand. Das CETA-Abkommen ist ratifiziert, aber bei den Parlamenten der Länder ist das noch nicht durch – die Länderparlamente müssen dem erst noch zustimmen. Es herrscht eine diffuse Angst gegenüber dem Freihandel, gegen internationale Abkommen. Es stellt sich die Frage: Was ist sachliche Kritik und was ist bloße Ablehnung? Was ist der Sinn und was die Notwendigkeit von Freihandel?

Wer über Armut in der Welt redet, muss über Welthandel reden. Wer über Klimawandel spricht, muss über Welthandel reden. Wer über die Gefährdung der Demokratie redet, der muss auch über Welthandel reden.

Bernd Lange, Vorsitzender des Ausschusses für Internationalen Handel des Europäischen Parlaments, Brüssel

Faire Handelspolitik im 21. Jahrhundert – Passen TTIP und CETA dazu?

Die Globalisierung ist mittlerweile Realität. Die DAX-Konzerne verbuchen ihren größten Umsatz außerhalb Deutschlands. Die Industriestaaten müssen sich damit auseinandersetzen. Und ¼ der Arbeitsplätze in Europa dienen der globalen Ökonomie. Die Welt ist also ökonomisch stark verwoben. Folglich müssen wir Regeln setzen und den Handel in fairen Bahnen stärken.

Die Welthandelsorganisation (WTO) ist eine internationale Organisation mit Sitz in Genf, die sich mit der Regelung von Handels- und Wirtschaftsbeziehungen beschäftigt. Sie nahm am 1. Januar 1995 ihre Arbeit in Genf auf. Die WTO ist neben dem IWF und der Weltbank eine der zentralen internationalen Organisationen, die Handels- und Wirtschaftspolitik mit globaler Reichweite verhandelt. Die WTO ist für uns also ein wichtiges Instrument beim Welthandel.

Die zweitbeste Lösung sind bilaterale Verträge. Ein bilaterales Handelsabkommen bringt Stabilität; Standards lassen sich vereinfachen; Wachstumseffekte werden erzielt; Arbeitnehmerrechte und Umweltstandards müssen auch in bilateralen Abkommen gelten. Apropos „Standards“ – Kenia leidet darunter, dass es 80 Standards erfüllen muss, wenn das Land seine Produkte exportieren will. Das können die gar nicht. Also: Es gibt Gewinner und Verlierer von internationalen Handelsabkommen. Die Frage lautet dann: Kann überhaupt ein Drittstaat bei solch einer Handelskette mitspielen?

Zu TTIP. Die Verhandlungen mit den USA zeigen, dass wir unterschiedliche Standards haben. Ein Kompromiss zu finden, ist schwierig. Gleichwohl macht es Sinn, mit den USA zu verhandeln. Es könnte eine Annäherung bei den Zöllen und bei den Standards geben.

Momentan jedoch lässt sich TTIP nicht realisieren, weil sich die USA nicht bewegt. Trump will:

- Das Nordamerikanische Freihandelsabkommen NAFTA zwischen den USA, Canada und Mexiko aufkündigen;
- er will das Pazifikabkommen, die Transpazifische Partnerschaft zwischen den USA, Australien, Chile, Japan, Canada, Malaysia, Mexiko, Neuseeland, Peru, Singapur und Vietnam nicht weiterverfolgen;
- er will auf chinesische Produkte 45% Zoll erheben;
- und er will TTIP nicht weiter verfolgen.

Alle Tendenzen gehen in diese protektionistische Richtung. TTIP ist damit Geschichte.

Anders verhält es sich bei Canada. Canada ist der engste, wirtschaftliche und politische Partner der EU. 36 verschiedene Abkommen haben wir seit 1976 mit Canada geschlossen und dabei ein hohes Maß an Übereinstimmung erzielt. Wir haben klare Handelsvereinbarungen miteinander getroffen. Ich schließe daraus: „Etwas Besseres als CETA findet man nicht überall.“

Wir werden weitere bilaterale Abkommen auf den Tisch bekommen, z.B. mit Vietnam und Ghana. Dabei sind 4 Punkte zu beachten:

- 1) die Abkommen müssen absolut transparent sein. Wir müssen alle Argumente auf den Tisch legen, damit jeder sehen kann, was da verhandelt wird;
- 2) wir müssen intensive Diskussionsprozesse und Partizipationsprozesse fördern;
- 3) die Handelspolitik muss demokratisch legitimiert sein;
- 4) und wir brauchen mehr Kohärenz. Die Handelspolitik kann nicht alles auf der Welt regeln.

Zusammenfassend: „Eine Renationalisierung von Handelspolitik ist problematisch, da niemand dabei gewinnen kann.“

Prof. Dr. Gustav Horn, Direktor des Instituts für Makroökonomie und Konjunkturforschung (IMK), Düsseldorf

Anforderungen an eine globale Handelsarchitektur

Wir müssen die liberale Demokratie weiterhin pflegen. Donald Trump zeigt Abschottungstendenzen, die Renationalisierung wird vorangetrieben. In Deutschland erkenne ich ebenfalls nationalistische Tendenzen, auch in der Linkspartei und bei den Gewerkschaften. Wenn wir hierzulande über Welthandel reden, müssen zwei Grundsätze gelten:

- 1) Der Wille muss da sein, Globalisierung wirklich zu gestalten. Wir brauchen eine gestaltete Globalisierung. Und wir brauchen den Primat der Politik;
- 2) Wir müssen uns gleichzeitig über die Früchte der Globalisierung verständigen. Es gibt Wohlfahrtseffekte aus der Globalisierung heraus, die man auch in Südafrika, Ghana, China etc. sehen kann. Doch wir müssen gleichzeitig darüber reden, wie dieser Wohlstand gerecht verteilt wird.

Der Primat der Politik bedeutet die Vorrangstellung der Politik vor dem Militär, der Wirtschaft oder dem Recht. Früher war das Idealbild, dass der Handel möglichst frei gestaltet werden muss – ohne staatliche Behinderungen. (Primat der Ökonomie). Heute bringe ich den freien Handel in Konflikt mit den liberalen Bürgerrechten. Die Amerikaner wollen das Recht haben, Chlorhühnchen zu essen. Und wir wollen das Recht behalten, Chlorhühnchen eben nicht zu essen. Wir brauchen einen demokratiekonformen Markt und nicht einen Markt konformer Demokratie.

Der Handel transportiert auch Werte. Wir brauchen keinen Schiedsgerichtshof. Die Früchte des Welthandels müssen gerecht verteilt werden. Wir müssen am Arbeitsmarkt über faire Lohnzahlungen nachdenken. Wir müssen über die Steuer- und Abgabengesetzgebung nachdenken. Wir müssen die Erbschaftssteuer reformieren. Das alles müssen wir tun, damit die gesamte Gesellschaft am Wohlstand partizipiert.

Wenn wir dem Primat der Politik folgen und den Wohlstand gerecht verteilen, dann können wir eine globale Handelsarchitektur gestalten. Es gibt auch eine Verantwortung entlang der Wertschöpfungskette. Es kann uns nicht egal sein, welche Arbeitsverhältnisse in Bangladesch herrschen.

Katarina Barley, Generalsekretärin der SPD, Berlin

Globalisierung gerecht gestalten

Die Debatte um ein Freihandelsabkommen hat hohen Druck auf die Politik ausgeübt. „Wir wollen das, egal, was drinsteht“, das war die eine Seite. „Wir gehen mit und sagen zu allem ja“, war die zweite Seite. Und die dritte Seite war „Wir nehmen die einzelnen Argumente und fragen was ist begründet? Was sollen wir machen? Wo müssen wir verhandeln?“ Das war der Ansatzpunkt der SPD.

Unsere Demokratie verändert sich. Wir haben eine sich mehr und mehr organisierende Zivilgesellschaft. Wenn sich ein Massenprotest entwickelt, ist es sehr schwer, eine differenzierte Meinung einzubringen. „Volksabstimmung – das wird das neue Mantra der Rechtspopulisten werden. Die Populisten in Europa sind sehr unterschiedlich, doch eines eint sie alle: die Ablehnung Europas und die Ablehnung der Globalisierung. „Die Idee, dass Staaten sich wieder gegeneinander aufstellen, ist erschreckend“ – das Thema der Renationalisierung.

Sind Freihandelsabkommen ausschließlich ein Risiko oder sind sie auch eine Chance? TTIP haben wir uns über 3 Jahre genau angesehen. Unser Ergebnis: Wir sind da auf keinem guten Weg. Keiner unserer Vorschläge wurde akzeptiert, auch nicht bei den Schiedsgerichten. Es ist schwer bei den ganzen neoliberalen Interessen die Regeln, die wir haben, besser zu machen. Bei CETA geht das. Wenn wir den Canadianern sagen, was wir in den Abkommen drinnen haben wollen, dann sind die aufgeschlossen. Schlussendlich geht das. „Ich glaube, dass CETA ein richtiger Schritt ist, hin zu einer gerechteren Handelspolitik.“

Prof. Dr. Gabriel Felbermayr, Leiter des Zentrums für Außenwirtschaft des ifo Instituts – Leibniz-Institut für Wirtschaftsforschung an der Universität München

Braucht Deutschland Handelsabkommen?

- 1) Wir brauchen Handelsabkommen zwischen den verschiedenen Ländern. Wir wollen für den Handel einen rechtlichen Rahmen haben. Die rechtliche Einordnung von Märkten ist notwendig. Deutschland ist abhängig vom internationalen Warenverkehr. Wir brauchen den globalen Markt, weil wir hoch spezialisiert sind.
- 2) Kommen die Gewinne bei den Menschen an? Braucht der Mensch solche Handelsabkommen? Ja – wenn wir viele Menschen in die verschiedenen Wirtschaftsprozesse hineinbringen, hilft das auch den Menschen (Brot und Lohn).
- 3) Und was sind die Inhalte der Handelsabkommen? Es gibt 3 Faktoren:
 - a) der Marktzugang, Handel und Dienstleistungen, Investitionen und ökonomische Kooperation;
 - b) Regeln. Dazu gehören Nachhaltigkeit und wertpolitische Themen, die dort verhandelt werden; die Regeln sollten in globalen Regelwerken verankert werden (z.B. Emissionen / Umweltschutzstandards etc.);
 - c) Die ILO, die Internationale Arbeitsorganisation, muss auch global verankert werden. Sie ist damit beauftragt, soziale Gerechtigkeit sowie Menschen- und Arbeitsrechte zu befördern. Dies schließt die Bekämpfung des Menschenhandels mit ein.
- 4) Wie sollen solche Handelsabkommen verhandelt werden? Wenn Bayern selbst verhandeln müsste mit China, Brasilien oder Indien, wäre das ganz schlecht. Bayern wäre dafür zu klein. Wir brauchen die Stärkung des Europäischen Parlaments.
- 5) Wir brauchen in den Verhandlungen mehr Transparenz.
- 6) Welche Rahmenbedingungen gibt es?
 - a) Es gibt eine Verunsicherung innerhalb der Bevölkerung in den USA und bei uns. Wie können Gewinne auch bei der Bevölkerung ankommen? Wir brauchen also ein System der gerechten Umverteilung.
 - b) Die Sicherheitsnetze müssen ausgebaut werden. Globalisierung muss auch dafür sorgen, dass Menschen durch sie nicht arbeitslos werden, sondern in Brot und Arbeit bleiben. Dazu müssen wir die Arbeitsmarktpolitik reformieren und anpassen.
 - c) Wir müssen Regeln ernst nehmen. Und wir müssen die Regeln mit allen Partnern verhandeln. Wir müssen Minimalstandards für möglichst viele schaffen und nicht Maximalstandards für wenige.

Podium mit: Dr. Bernd Bornhorst, Vorsitzender des Verbandes Entwicklungspolitik und Humanitäre Hilfe deutscher Nichtregierungsorganisationen (VENRO), Berlin und Cornelia Füllkrug-Weitzel, Präsidentin von Brot für die Welt und der Diakonie Katastrophenhilfe

Freihandel und Weltwirtschaft: Hemmnis oder Chance für die Entwicklungsländer?

Füllkrug-Weitzel: Inwiefern ist Handel armutsmindernd und ist ökologisch vertretbar und beachtet die Einhaltung der Menschenrechte? Handel soll fair gestaltet werden. Fairness heißt, dass alle betroffenen Staaten so miteinander verhandeln, dass wenig Ungleichheit entsteht. Die weniger entwickelten Länder sollen eine Chance auf Gehör haben. Die Gründung der WTO hat dazu beigetragen, dass die Welthandelsbeziehungen weiterhin liberalisiert wurden. Die Verhandlungen mit den AKP-Staaten (Afrika, Karibik und Pazifischer Raum) verlaufen positiv in Bezug auf die Handelsabkommen.

Generell muss gelten: Die Durchsetzung unserer westlichen Wirtschaftsinteressen darf nicht dazu führen, dass die Menschen im Süden immer ärmer werden.

Bornhorst: 800 Mio. Menschen auf der Erde hungern. Die Handelsbeziehungen des reichen Nordens mit dem armen Süden hat sich in den letzten 400 Jahren kaum geändert. Die ganze Handelspolitik ist darauf angelegt: weiter so, immer höher, immer weiter, immer schneller. Das erfordert Opfer.

Die Kleinbauern auf der Erde haben gegenüber dieser Politik keine Chance auf's Überleben. Sie werden verschwinden.

Wer braucht eigentlich eine Globalisierung von Handelsprodukten? Gut gemeint ist nicht immer gut gemacht. Wir brauchen keinen ALDI und keinen LIDL, sagen die Inder. Bei uns arbeiten viele Kleinhändler, die dann alle arbeitslos wären, wenn es bei uns ALDI oder LIDL gäbe.

Wenn wir also weiterhin glauben „der Markt wird alles regeln“, dann geht dieser Schuss nach hinten los. D.h.: Wir brauchen zukünftig eine Streitbare Diskussion darüber, wie wir den Handel gestalten wollen. Wie viel Freihandel und Globalisierung brauchen wir wo? Ziel muss es sein: „Wir müssen gemeinsam überlegen, wie wir anders leben wollen.“

Podium mit: Hendrick Kafsack, Korrespondent der FAZ, Brüssel, Rolf-Dieter Krause, Fernsehjournalist und ehemaliger Leiter des ARD-Studios Brüssel, Petra Pinzler, Korrespondentin der ZEIT

Handelspolitik der EU – falsch oder nur falsch kommuniziert?

Krause: Die Handelspolitik der EU war falsch, weil sie schwachen Partnern gegenüber sehr stark und starken Partnern gegenüber schwach auftrat. Das CETA-Abkommen jetzt ist ein Riesenfortschritt. Es ist der beste Vertrag, den die EU je verhandelt hat. Der CETA-Vertrag ist transparent, er kann von jedem im Internet nachgelesen werden. Im Gegenzug dazu hat der öffentliche Aufruf gegen TTIP eine anti-amerikanische Komponente.

Handelspolitik ist ein sehr komplexes Feld. Die Erfahrung z.B. mit Schiedsgerichten ist keine ganz schlechte.

Pinzler: Zu den Schiedsgerichten ist zu sagen, dass die Realität noch viel schlimmer ist, als die NGOs befürchtet haben.

a) TTIP und CETA sind Teil des Problems. Wir leben in einer Welt, wo Handelspolitik tief in unser Leben eingreift, ohne sich reformiert zu haben. Die fehlende Transparenz ist ein

Riesenproblem. Bei den Vertragsverhandlungen muss die Öffentlichkeit vorher informiert und beteiligt werden. Aber – europäische Institutionen haben offenbar ein Problem mit Öffentlichkeit.

b) TTIP und CETA sind übergreifend. Sie greifen in Bereiche ein, in denen der Bürger mitreden will.

c) Die Idee, die hinter dem Freihandel steht, ist altmodisch. Der Handel braucht Verträge und Regeln. Denn freie Märkte sind nicht per se gut. Märkte brauchen folglich Regeln. Wer formuliert sie? Wer setzt sie um? Bei TTIP und CETA formulierten wenige, andere wurden gar nicht gefragt.

d) Die TTIP und CETA-Verträge müssen ohne Antiamerikanismus diskutiert werden. Die Inhalte müssen erörtert werden. Das ist wichtig.

Kafsack: Eine Handelspolitik ist dann gut, wenn sie auf multinationale Handelsabkommen setzt. TTIP ist protektionistisch gegenüber dem Rest der Welt. Anzumerken ist auch: Das Anti-Pro-Schema ist schlecht, weil es verhindert, sich differenziert mit TTIP auseinanderzusetzen. Bei den Verträgen ist Transparenz wichtig; es ist wichtig, dass Angebote öffentlich gemacht werden. Und am Ende muss es einen Punkt geben, an dem auch etwas ausprobiert werden kann. Transparenz ja, aber nicht bis zum letzten Punkt ausprobiert.

Krause: bei einem Markt von 500 Mio. Europäern sind wir attraktiv genug, um mit den Amerikanern zu verhandeln. Deutschland alleine würde da nicht zum Zug kommen. Im Gegensatz dazu kann Europa auf Augenhöhe mit den Amerikanern verhandeln.

Pinzler: Das, was wir bei CETA an Verbesserungen durchgesetzt haben, haben wir fast immer gegen die EU-Kommission getan. Wir wollten keine Schiedsgerichte. Das Problem bei den Schiedsgerichten ist, dass sie ihr Recht selbst weiterentwickeln. Dadurch entsteht eine parallele Gerichtsbarkeit.

Kafsack: Ein Investor hat ein Recht darauf, dass seine Investition geschützt wird. Kann ich mich darauf verlassen, dass ein texanischer Richter mich genauso behandelt, wie ein deutscher Richter? Nein!

Podium mit: Dr. Andreas Lenz, MdB (CDU), Obmann im Parlamentarischen Beirat für nachhaltige Entwicklung, Berlin, und Dr. Nina Scheer MdB (SPD), Mitglied im Bundestagsausschuss für Wirtschaft und Energie, Berlin

Freier Handel und Nachhaltigkeit

Lenz: Das CETA-Abkommen ist sehr fortschrittlich, wenn man es mit anderen Handelsabkommen vergleicht. Allerdings werden die Umweltaspekte beim Transport von Gütern nicht beleuchtet. Die 15 größten Seeschiffe stoßen mehr Kohlendioxid aus als 14 Mio. Autos auf der Welt. Und es stellt sich auch die Frage nach mehr Transparenz bei den Lieferketten.

Wir müssen auch die Verlierer des Freihandels betrachten. Der Freihandel bringt auch Arbeitsplatzverluste (wenn die USA ihre Autoproduktion aus Kostengründen nach Mexiko verlagert, dann ist der US-Fließbandarbeiter seinen Job los). „Ich fände es gut, wenn die

Agenda 2030 verknüpft würde mit den Freihandelsabkommen und wenn Nachhaltigkeit zur Grundlage der Abkommen gemacht würde.“

Scheer: Wir brauchen den Nachhaltigkeitsprimat als Grundlage für die Handelspolitik. Die Frage muss lauten: In welchem Verhältnis steht Nachhaltigkeit zu den Handelsabkommen? Es gibt sehr viele Schnittmengen und es führt kein Weg daran vorbei, dass wir den Welthandel so ausrichten, dass die Nachhaltigkeitsziele erfüllt werden.

Die Schere zwischen arm und reich geht weiter auseinander. Der Markt ohne sozialökologische Kontrollelemente kann die Dinge eben nicht richten. Der Markt braucht Regeln. Welche Regeln sind das in einer globalisierten Welt? Bei CETA ist das erklärte Ziel: Handelshemmnisse abbauen. Und: Das Niveau des Umweltschutzes soll durch CETA nicht schlechter werden. Bei all dem brauchen wir mehr Mitsprachemöglichkeiten der Mitgliedstaaten.

Prof. Dr. Markus Taube, Professor für Ostasienwirtschaft an der Mercator School of Management der Universität Duisburg-Essen, Duisburg

China als Akteur in der Weltwirtschaft – Regelbefolgung und Foulspiel

China ist die größte Volkswirtschaft der Erde. Ein Fünftel der ökonomischen Wertschöpfung geschieht in China. China ist auch die größte Exportmacht der Erde. 1.000 Unternehmen in Deutschland gehören den Chinesen. Und China ist für die Weltwirtschaft die tragende Wachstumsgröße.

In den letzten 35 Jahren hat es 3 Entwicklungsphasen in China gegeben:

- a) die arme Volkswirtschaft,
- b) die Modernisierung des Landes und der Wirtschaft,
- c) die moderne Marktwirtschaft.

Und heute erleben wir chinesische Unternehmen, die den Fluss des know-how selber steuern können. Chinesische Unternehmen kaufen auf dem Weltmarkt alles auf, was ihre heimischen Unternehmen brauchen können. Dabei lernen die Chinesen von den Erfahrungen anderer Länder: Was braucht es, um eine funktionierende Volkswirtschaft aufzubauen? Der chinesische Lernprozess besteht nicht einfach aus Produktpiraterie und Ideenklau, sondern es ist eben ein Lernprozess mit Adaption der guten Dinge anderer Länder in ihr eigenes Wirtschaftssystem.

Es gibt zwei Konzepte von Marktwirtschaft in China und in Deutschland, die nicht kompatibel sind. In der Marktwirtschaft Chinas dominiert letztendlich die Partei. Und in Deutschland hat der Staat ein Regelwerk mit Vorschriften erlassen, an das sich die Unternehmen halten müssen. In China ist die Parteilite identisch mit der Unternehmenselite. D.h. China wird gesteuert von einem Konsens in der Parteiführung. Was die Partei beschließt, wird umgesetzt in den Betrieben.

In China gibt es keinen wirtschaftlichen Sektor, der eine Überproduktion hätte. Auch wird jede zweite Tonne Stahl in der Welt in China hergestellt. Beliebt sind auch die „embedded products“. „Wenn ich z.B. das Wertschöpfungsprodukt Aluminium auf dem Weltmarkt nicht verkaufen kann, dann wird das Aluminium eben in Fahrräder verbaut und die werden dann auf dem Weltmarkt verkauft.“

Direktinvestitionen

Die großen chinesischen Unternehmen sind sehr, sehr reich und liquide. Wenn bei einem deutschen Unternehmen die Erben fehlen und die Nachfolgeneration kein Interesse an der Weiterführung des Betriebes hat, dann kaufen die Chinesen diesen Betrieb auf.

Der deutsche und der europäische Markt werden in den nächsten Jahren stagnieren. Wachstumsmarkt der Zukunft ist allein China. Für viele deutsche mittelständische Unternehmen ist es die Lösung, sich von einem chinesischen Unternehmen aufkaufen zu lassen und dadurch auf dem chinesischen Markt Fuß zu fassen und zu überleben.

Reiner Hoffmann, Vorsitzender des Deutschen Gewerkschaftsbundes (DGB), Berlin

Für einen fairen Welthandel – Anforderungen der Gewerkschaften

Die Gewerkschaften sind nicht per se gegen den internationalen Handel. Aber sie sagen: Welchen Welthandel wollen wir überhaupt? Die Verteilungsfragen stellen sich völlig neu vor dem Hintergrund der Globalisierung. Es gibt ein breites zivilgesellschaftliches Engagement für einen anderen Welthandel und bei TTIP geht es beispielsweise um den Versuch, zu einer Harmonisierung der Handelsbeziehungen zu kommen.

Vorbehalte der Gewerkschaften

Wenn wir einen fairen Handel wollen, müssen Kernarbeitsnormen anerkannt werden in den Ländern, die miteinander Handel betreiben (Verbot der Kinderarbeit / Zwangsarbeit / fairer Lohn / freie Gewerkschaftsrechte). Ferner gilt: wir wollen die Praxis von internationalen Schiedsgerichtshöfen nicht fortschreiben, da eine Privilegierung ausländischer Investoren damit einhergeht. Schließlich fordern wir: Einer unkontrollierten Marktöffnung soll nicht Tüt und Tor geöffnet werden.

Nach der Wahl von Donald Trump steht fest, dass die TTIP-Verhandlungen an der politischen Realität gescheitert sind. Anders verhält es sich mit CETA. Hier hatten wir ein ausgehandeltes Abkommen mit Canada. Mit der linksliberalen Regierung in Canada muss das CETA-Abkommen möglich sein. Wir haben vereinbart, dass es keine Schiedsgerichte geben soll, dafür aber einen internationalen öffentlich-rechtlichen Handelsgerichtshof. Das ist gut und fortschrittlich. Wenn also Investoren nationale Gerichte nicht ausschöpfen können bei Streitfällen, dann können sie sich an den Handelsgerichtshof wenden. Außerdem hat Canada 6 der 8 Arbeitsnormen ratifiziert. Die beiden noch ausstehenden Arbeitsnormen werden jetzt in Kürze auch noch umgesetzt. Positiv ist auch, dass die öffentliche Daseinsvorsorge in Canada ähnlich ist wie in Deutschland. Dass die 39 Mio. Canadier bereit waren, mit der EU das CETA-Abkommen zu unterzeichnen, ist ein deutliches Zeichen dafür, dass fairer Welthandel ein Stück weiter kommt. Man muss dabei bedenken, dass Canada 75% seines Handels mit den USA abwickelt. Aber Canada wird das TTIP-Abkommen ebenfalls nicht mit den USA ratifizieren.

Die zentrale Frage der Zukunft wird sein, wie sich die EU-Kommission einen modernen Welthandel vorstellt. Die EU-Kommission wird ja keinen Handelsvertrag mehr abschließen können, der die Grundlagen von CETAS nicht berücksichtigt. Dahinter zurück geht nicht mehr.

Der europäische Binnenmarkt kann ein Erfolgsmodell für die voranschreitende Globalisierung sein. Die Globalisierung müssen wir gestalten. Es muss soziale Gerechtigkeit geben. Die Menschen erleben gegenwärtig eine Entgrenzung. Bei der Digitalisierung der Arbeitswelt brauchen wir mehr europäische Antworten. Und wir müssen zukünftig mehr darauf achten, wie sich internationale Wertschöpfungsketten gestalten.

25.11.2016

gez. Schwanebeck